

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 22 (1995)
Heft: 2

Artikel: Interview mit Bundesrat Otto Stich : "Mit weniger Mitteln effizienter arbeiten"
Autor: Tschanz, Pierre-André / Lenzin, René / Stich, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909686>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Mit weniger Mitteln effizienter arbeiten»

Schweizer Revue: Herr Bundesrat, der Direktor der Eidg. Finanzverwaltung, Ulrich Gygi, hat sich optimistisch gezeigt, dass die Bundesfinanzen angesichts der günstigen Konjunkturprognosen in fünf Jahren bereits saniert sein könnten. Teilen Sie diesen Optimismus?

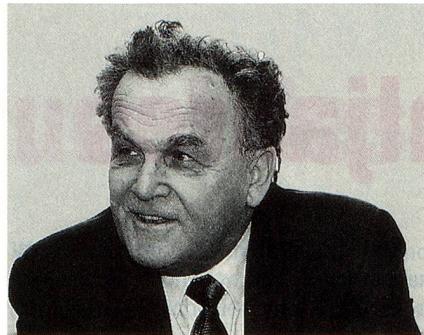
Otto Stich: Wenn man sagt, sie könnten saniert sein, dann würde ich das natürlich auch bejahren. Aber ob sie es tatsächlich sein werden, ist eine andere Frage, denn das setzt einen starken politischen Willen voraus; und ob der vorhanden ist, wage ich nach den Beschlüssen des Parlaments zum Sanierungsprogramm '94 zu bezweifeln. Ich bedaure, dass die eidgenössischen Wahlen vom Herbst den Sinn der Parlamentsmehrheit für die finanzpolitischen Realitäten vernebelt haben. Vor allem bin ich enttäuscht darüber, dass die bürgerlichen Parteien die Sparvorschläge des Bundesrates als völlig unzureichend kritisiert haben, gleichzeitig aber nicht in

kein zusätzlicher Entscheid zur Sanierung getroffen.

Ist das Ziel des Bundesrates, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, angesichts der hohen Investitionen insbesondere im Transportbereich überhaupt realistisch?

Ich glaube, die Frage ist nicht, ob es realistisch ist. Wir haben keine andere Wahl, wenn wir nicht ins gleiche Fahrwasser kommen wollen wie andere Länder, die Geld aufnehmen müssen, nur damit sie die Zinsen bezahlen können. Das ist sehr, sehr ungesund und wäre für die schweizerische Wirtschaft eine Katastrophe, weil wir dann mit viel höheren Zinssätzen rechnen müssten und einen Wettbewerbsvorteil verlieren würden, den wir während Jahrzehnten gehabt haben.

Welches sind die mittel- und längerfristigen Perspektiven des Finanzministers zur Sanierung der Bundesfinanzen?



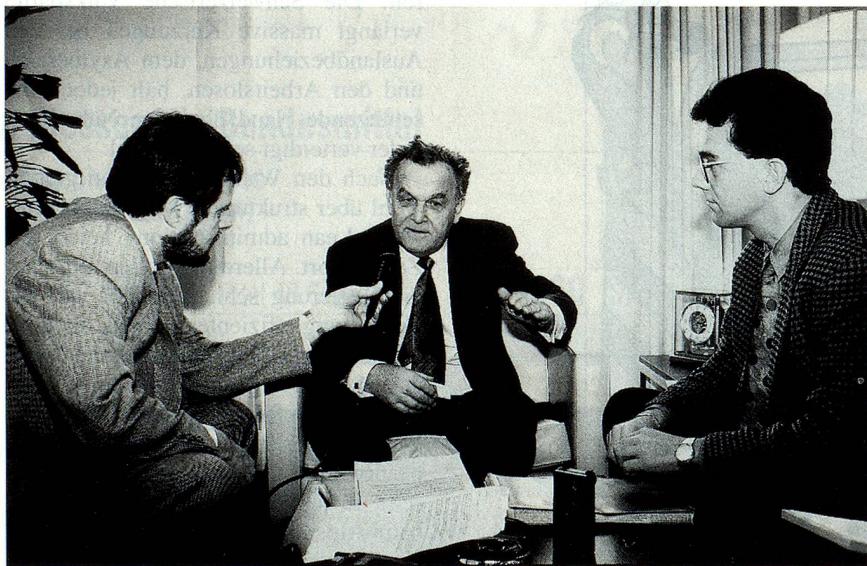
Otto Stich: «Wir müssen dafür sorgen, dass wir diesen Staat nicht überfordern, dass er auch in Zukunft Leistungen erbringen kann.» (Fotos: Michael Stahl)

ohne zu sagen, wir wollen dies oder jenes erreichen. Dann werden wir den Finanzausgleich zwischen den Kantonen überprüfen, der ineffizient ist und im Grunde genommen das Ziel verfehlt. Wir möchten die nach der Finanzkraft gestaffelten Sätze bei den Subventionen abschaffen. Es soll nur noch einheitliche Sätze geben, unabhängig davon, welchen Kanton es betrifft. Gleichzeitig würden wir den Kantonen mehr direkte Mittel geben, damit sie nachher selber die Prioritäten setzen können, wie sie das Geld einsetzen wollen. Das hätte auch den Vorteil, dass wir vermutlich mit etwas weniger Bürokratie auskommen, weil die Kantone nicht alle Projekte zur Prüfung, Bewilligung und Abrechnungskontrolle nach Bern schicken müssten. Schliesslich studieren wir auch noch institutionelle Barrieren, damit der Haushalt auf längere Zeit und über die Konjunkturzyklen hinaus im Gleichgewicht bleibt.

Direkt und indirekt sind auch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer von Sparmassnahmen betroffen. In welchen Bereichen müssen sie mit Einsparungen rechnen?

Ich denke eigentlich nicht, dass sie im Einzelfall besonders betroffen sein werden. Es ist aber denkbar, dass wir einzelne Vertretungen, die von geringerer Bedeutung sind, schliessen werden. Auf der anderen Seite lassen sich vermutlich auch gewisse Vereinfachungen einführen, beispielsweise bei den dienstpflichtigen Auslandschweizern, die ja bereits nicht mehr jedes Jahr Steuern bezahlen müssen. Ich denke, hier liesse sich noch einiges vereinfachen.

Auch Institutionen wie die Pro Helvetia, die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, die Schweizerische Verkehrszentrale oder Schwei-



Bundesrat Otto Stich im Gespräch mit Pierre-André Tschanz (links) und René Lenzin.

der Lage waren, unsere massvollen Kürzungsanträge zu unterstützen. Ganz abgesehen davon wurde – mit einer Ausnahme bei den linearen Kürzungen –

Zunächst werden wir in diesem Jahr die Subventionen überprüfen. Dort setzen wir uns kein Sparziel, sondern möchten zusammen mit den Ämtern sehen, wo man gewisse Dinge vielleicht einfacher machen oder wo man auf Aufgaben auch verzichten kann. Und das, ohne eine vorgefasste Meinung zu haben,

zerschulen, die für das Image der Schweiz im Ausland wichtig sind, stehen unter Spardruck. Müsste die Präsenz der Schweiz im Ausland heute nicht eher verstärkt als eingeschränkt werden?

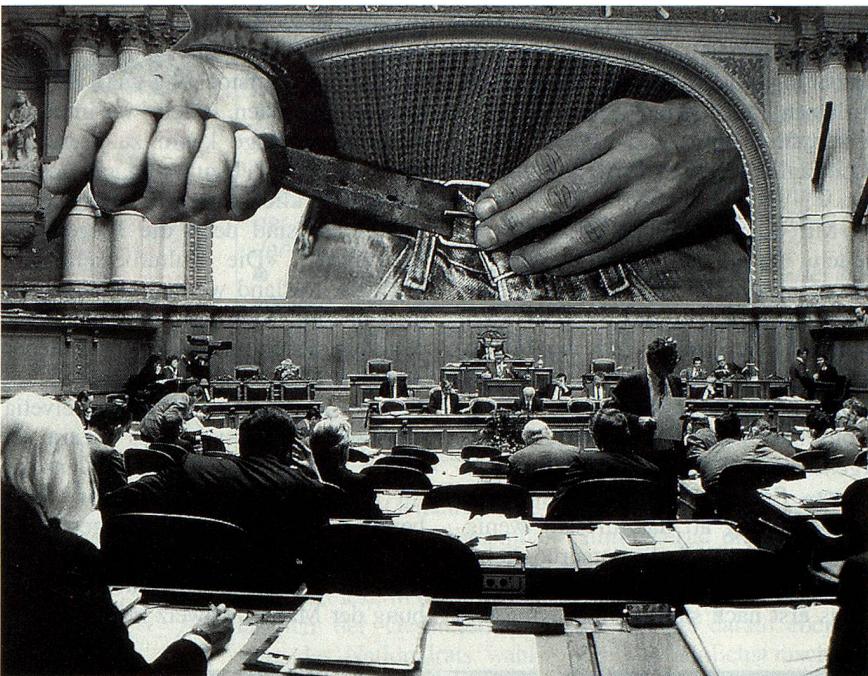
Man muss sich einfach bewusst sein, dass der Bund sehr verschiedene Aufgaben hat und dass überall versucht werden muss, mit etwas weniger auszukommen. Das gilt grundsätzlich für alle. Das heißt jedoch nicht, dass die Leistung reduziert werden muss. Man kann mit weniger Geld vielleicht effizienter arbeiten. Es ist ja auch denkbar, dass man etwas mehr Fantasie, mehr Kreativität hat und sich weniger beklagt. Ich glaube nicht, dass es der Schweiz nur gut geht, wenn wir mehr Geld ausgeben, um gewisse Dinge zu fördern. Die Frage ist, wie wir Schweizer auftreten, was wir in der Schweiz bieten. Das ist für das Image der Schweiz viel wichtiger. Es liegt vor allem auch an der Schweiz, an sich selber zu glauben.

Sie sagen immer wieder, man könne grundsätzlich überall sparen. Ist es für Sie als Sozialdemokrat zulässig, dass im sozialen Bereich gespart wird, zumal in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit?

Wenn wir die Frage stellen: kann man im Sozialbereich sparen, kann man beim öffentlichen Verkehr sparen, kann man bei der Armee sparen, kann man bei der Landwirtschaft sparen? dann entsteht natürlich sofort und überall ein gewaltiger Gegendruck, und man sagt nein, das ist nicht möglich. Aber wenn man dann im Detail schaut, im sozialen Bereich, bei den Hochschulen, bei der Landwirtschaft, bei der Armee, dann findet man überall wieder kleine Dinge, die man eigentlich besser, einfacher und zweckmässiger machen könnte.

Wir müssen die Sache gründlich überlegen und uns auch bewusst sein, dass niemand einen sozialen Leistungsabbau will. Aber umgekehrt müssen wir dafür sorgen, dass wir diesen Staat nicht überfordern, dass er auch in der Zukunft Leistungen erbringen kann. Gerade die Leute, die auf die Leistung des Staates angewiesen sind und Anspruch haben darauf, sind eigentlich am meisten daran interessiert, dass es uns gelingt, den Haushalt zu sanieren. Deshalb darf man mindestens vorübergehend gewisse Leistungen durchaus überprüfen. Aber wie gesagt, es ist auch eine Frage des zweckmässigen Mitteleinsatzes, und den muss man überall überprüfen.

Interview: René Lenzin und Pierre-André Tschanz



Das Parlament hat im Wahljahr Mühe zu entscheiden, wer den Gürtel enger schnallen soll. (Fotomontage: Keystone)

Die Sanierung der Bundesfinanzen und die Präsenz im Ausland

Ist die Zitrone ausgepresst?

Neben der Fünften Schweiz tragen verschiedene Institutionen zur schweizerischen Präsenz im Ausland bei. Wie gehen sie mit dem allgegenwärtigen Spardruck um?

In vergangenen Jahr feierten zwei der 16 vom Bund anerkannten und unterstützten Schweizer Schulen im Ausland ihren 75. Geburtstag: Mailand und Barcelona. Beide Jubiläen zeigten auf, dass diese Institute einerseits für die je-

René Lenzin

weilige Schweizergemeinschaft nach wie vor von grosser Bedeutung sind und dass sie anderseits zu den renommiertesten Privatschulen im Gastland gehören. Schweizer Schulen im Ausland bezeichnen sich als Orte der Begegnung und Träger schweizerischen Kultur- und Gedankengutes, nehmen also für sich

eine prominente Rolle in der schweizerischen Ausland Präsenz in Anspruch. Und dennoch wird die Subventionierung insbesondere der sechs Schulen in Europa in Frage gestellt. Das zuständige Departement des Innern macht zwar die in der Regel problemlose Integration von Schweizer Kindern in den Ländern Europas geltend. Die Tatsache, dass die Diskussion jeweils im Rahmen des Bundesbudgets geführt wird, lässt jedoch eher auf finanzielle Motive schliessen.

Empfindliche Einbussen

Das ist nur ein Beispiel, bei dem als Folge des defizitären Bundeshaushalts sachlich umstrittene Abstriche im Raum stehen. Andere Institutionen haben bereits empfindliche Einbussen in Kauf nehmen müssen. Beispielsweise die ausschliesslich vom Bund alimentierte Kulturstiftung Pro Helvetia, deren Mittel im Finanzplan 1992-95 von ursprünglich 130 auf 105 Millionen Franken reduziert worden sind. Oder die